

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

8.9.1919 (No. 249)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Gesamtdirektion: E. H. Müller, Karlsruhe, Postfach 1111. Druck und Verlag: E. H. Müller, Karlsruhe, Postfach 1111. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Kurt Heinrich, Karlsruhe, Postfach 1111. Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Karlsruhe, Postfach 1111. Druck: E. H. Müller, Karlsruhe, Postfach 1111. Abonnement: 1.20 M. pro Monat, 12 M. pro Jahr. Einzelhefte: 10 Pf. pro Stück. Ausland: 1.50 M. pro Monat, 18 M. pro Jahr. Postamt Karlsruhe 1111. Telephon 1111. Telegramm: K. T. B. 1111. E. H. Müller, Karlsruhe, Postfach 1111.

16. Jahrg.

Montag, den 8. September 1919

Nr. 249.

Wilson's 27-Tage-Kennen.

Präsident Wilson ist auf der Redetour, mit viel Lärm und großer Aufmerksamkeit, wie es in Amerika üblich ist. In seinen Reden, soweit sie bis jetzt bekannt geworden, fällt nichts Neues auf, es sei denn die Stelle, man wolle Deutschland nicht endgültig unterdrücken oder zernichten, diese Absicht habe niemals bestanden — wie gnädig! — aber der Versailles Vertrag habe allerdings das Ziel, die Deutschen zu bestrafen. So offen hat sich Wilson noch niemals ausgesprochen. Er hat uns zwar seinerzeit in seinen Reden die natürlichen Feinde der Freiheit genannt, er hat uns ohne nähere Kenntnis der Kriegsvorgänge den Vorwurf ungesetzlicher und unehrenhafter Handlungen entgegengeschleudert. Aber gerade die Befassung einer Kriegspartei lebte er stets in seinen 14 und sonstigen Punkten entschieden ab, weil sonst ein wahrer Völkerring nicht entstehen könnte. In der Unterredung mit den Verhandlungen über den Waffenstillstand deutlich zwischen der „Strafbar“ Regierung Wilhelms II. und dem unschuldigen deutschen Volke.

Was er uns für solche Punkte und Unterscheidungen bei Wilson? Ein feines Papier. Versetzen alles in den Papierkorb geworfen. Jetzt gilt es, die Macht- und Hauptpolitik der Entente zu beschreiben, und das geschieht nun auf der 27-tägigen Rundtour Wilson's in ausgiebiger Weise. Wird es nützen? Wird er das Volk der Amerikaner von der Notwendigkeit der Unterzeichnung des Versailles Vertrages überzeugen? In seiner Antwort auf die 20 peinlichen Fragen des Senats Fall schrieb Wilson, es wäre eine „Schmach“ für die nationale Ehre Nordamerikas, wenn man die Afrikaner jetzt mit der Unterzeichnung in die Schieflinie leicht läßt sich die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten doch nicht einfügen. Es gibt in allen politischen Fragen, und die Gattung nimmt zu. Die Mitglieder des Senatsauschusses für auswärtige Angelegenheiten in Washington versichern, Wilson habe durch seine Darlegungen seinen einzigen Gegner überzeugen können. In der republikanischen Partei ist es der Senator Knox, der die schärfsten Angriffe gegen den Versailles Vertrag richtet, und vergeblich bemüht sich Lodge, eine Einigung der immer schärfer werdenden Gegensätze herbeizuführen. Was man aber bisher nicht wußte und was Wilson von seinem Gratzwege ans nicht merken wird, denn man wird ihm wie einem autoritativen Mann vom amerikanischen Obersten Rufnamen zu entnehmen, — das ist folgendes: Seine eigenen Leute, die Demokraten murren laut gegen den Vertrag.

Es ist ein großer Unterschied zwischen den Demokraten im Kongress und denjenigen draußen in den Staaten. So hat der Präsident des demokratischen Klubs von Massachusetts an den Vorsitzenden des Nationalen Demokratischen Komitees ein Schreiben gerichtet, in welchem dem Präsidenten in einer Weise die Revue gelesen werden, wie er sie schon lange nicht mehr, am wenigsten innerhalb seiner eigenen Partei, zu hören bekam. Es ist ein Ständeregister von 14 Gegenständen. Erwähnt sei besonders der dritte Punkt, in dem es hieß, Wilson habe sich trotz der Aufforderung beider Häuser des Kongresses geweigert, die irische Frage im Friedensvertrag vorzubringen. Was Wilson mit diesem Verhalten angedeutet hat, das zeigt sich darin, daß jetzt die Freunde der irischen Freiheit im Kongress, als gewählte Vertreter des amerikanischen Volkes, vor dem Senatsauschuss im Namen von 20 Millionen Irish-Americanern fordern, der Friedensvertrag müsse vollständig abgelehnt werden, da er die Verletzung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Amerikas bedeute und da er Irland und andere Unterjochten verbände, ihre Unabhängigkeit zu erreichen.

Wilson hat aber immer noch kein Ohr für diese vernünftigen Stimmen. Der Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten verlangte, ehe Wilson auf Reisen ginge, eine Besprechung der Friedensvertragsentwürfe mit Dierreich, der Türkei und Bulgarien. Wilson ist abgewies, ohne die mindeste Erklärung zu versetzen, dann Bescheid zu geben. In der Adressfrage wollen die drei Mächte Frankreich, England und Italien eine gemeinsame Note an Wilson richten mit der Aufforderung, ihrem Kommando doch endlich beizustimmen. Auch darauf will Wilson, wie verlaunt, nicht eingehen. Welches Spiel macht der Präsident? Schon merkt man ja deutlich die Verzögerung aller Versailles Verhandlungen. Man weiß innerhalb der Entente tatsächlich nicht mehr, wann und ob überhaupt die allgemeine Ratifikation des Friedensvertrages zustande kommt, und wahrscheinlich hat Clemenceau seine Paragrafenbreiterei in Sachen des Anschlusses Deutsch-Ostpreußens an Deutschland nur unternommen, um Zeit zu gewinnen. Zeit, bis Herr Wilson seine 10000 Meilen durchfahren und seine 30 Reden an den Mann gebracht hat. Ob aber dieses 27-Tage-Kennen durch Nordamerika nützen, ob es den Frieden der allgemeinen Ratifikation näherbringen wird? Wir wollen noch ein paar Wilson-Reden abwarten.

Amsterdam, 6. Sept. (Radio.) Präsident Wilson hat in einer in Indianapolis vor mehreren tausend Personen gehaltenen Rede mit Bezug auf den Völkerring erklärt, jedermann müsse einen Teil seiner Souveränität aufgeben, das sei Verbrechen abgeben, daß er die Rechte seiner Nachbarn achten wolle. Er habe nichts Verdächtiges darin erblicken können, abzugeben der Allgemeinheit ein solches Verbrechen abzugeben. In Bezug auf die Regelung der Schantunga-Verhältnisse erklärte Wilson, Kawan hätte wiederholt die Verbrechen an China zurückgeben wollen. In seiner in Columbia gehaltenen Rede forderte der Präsident das amerikanische Volk auf, seinen

Einfluss auszuüben, damit der Senat den Friedensvertrag mit Deutschland annehme. Wilson drohte, daß der Senat den Friedensvertrag annehmen werde, u. sagt, wenn der Vertrag einmal angenommen sei, dann würden amer. Truppen niemals mehr über das Meer zu fahren brauchen. Der Grundgedanke des Vertrages sei der, daß nicht die Reaktionen, sondern die Völker die Nationen ausmachen. Zum

Der Ententeingriff in die deutsche Reichsverfassung.

(Eigener Draftbericht.)
h. Zürich, 8. Sept. Aus Paris wird gemeldet: Die deutsche Antwort wurde überreicht. Der Oberste Rat wird sich am Montag mit ihr beschäftigen und beschließen, was daraus zu geschehen hat, da die Note inhaltlich und der Form nach allgemein als unannehmbar bezeichnet wird. Auch die von dem französischen Minister Fichon beeinflussten Pariser Blätter erklären die Note für unzureichend und behaupten, die Entente werde verlangen, daß der Deutsche Reichsrat unverzüglich einberufen werde, um ihren Forderungen unverzüglich Rechnung zu tragen.

Die deutsche und englische Industrie.

Amsterdam, 7. Sept. Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, erklärte Sir Auckland Geddes der Abordnung von Spielwarenfabrikanten, die ihn ersuchte, die Einfuhr ausländischer Spielwaren für drei Jahre zu verbieten, es sei unmöglich, ein derartiges Verbot zu erlassen, ohne auch den anderen Fabrikanten in ähnlicher Weise entgegenzukommen. Die Folge eines allgemeinen Einfuhrverbotes für deutsche Spielwaren würde lediglich die sein, daß Deutschland anerkennen würde, englische Waren zu kaufen oder die Schadenverlängerung zu bezahlen. Für eine englische Industrielle bedeute die deutsche Industrie nicht nur seinen Ruin, sondern viel eher eine Hilfe. Die dem Premierminister Lloyd George nahestehende Zeitung „Daily Chronicle“ erklärt sich mit der Antwort Sir Auckland's vollkommen einverstanden.

Das Verfahren gegen Wilhelm II.

Amsterdam, 7. Sept. (Radio.) In Annapolis erklärte Staatssekretär Lansing in einer Rede über die Verhandlungen der Friedenskonferenz bezüglich des vorgelegenen gerichtlichen Verfahrens gegen den früheren deutschen Kaiser, es sei von ersten Augenblick an ersichtlich gewesen, daß die Mitglieder der Kommission einmütig waren, vor allen anderen den Kaiser vor einen internationalen Gerichtshof zu stellen. Drei Anklagen sollten gegen ihn erhoben werden, nämlich daß er für den Krieg und die Verletzung der belgischen und luxemburgischen Neutralität, sowie für die Flagranten Verletzungen der Kriegsgesetze durch die deutschen Streitkräfte verantwortlich sei. Die Kommission habe mit der Unterzeichnung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit begonnen, sei aber schließlich einmütig zu dem Ergebnis gelangt, daß es nicht möglich sei, den Kaiser für in Belgien und Luxemburg strafrechtlich verantwortlich zu machen. Die Kommission habe zwar anerkannt, daß der Kaiser ein moralisches Verbrechen gegen die Menschheit begangen habe, habe sich aber gleichzeitig genötigt gesehen, zu erklären, daß es kein positives Gesetz gebe, durch das das Verhalten des Kaisers zu einem strafrechtlichen Verbrechen festgestellt werde. Die Schuld des Kaisers sei nicht bezweifelt, daß sie von einem Gerichtshof strafrechtlich festgestellt werden könne.

Die Räumung der baltischen Gebiete.

Berlin, 6. Sept. (Wolff.) Die deutsche Regierung hat in der Frage der Räumung der baltischen Gebiete an die Entente folgende Note gerichtet: Die deutsche Regierung bedauert, daß die von ihr befohlene schnelle und vollständige Räumung der baltischen Gebiete durch das gegenwärtige Verhalten der noch in Ostland stehenden deutschen Truppen ins Stocken geraten ist. Während die die Eigenmächtigkeit der Truppen aus ihr nicht beurteilt, sieht sie sich jedoch infolge der ihr von den alliierten und assoziierten Mächten erteilten Anweisungen außerstande, durch Anwendung militärischer Zwangsmittel den Gehorsam der Truppen zu erzwingen. Die deutsche Regierung gestattet sich hierzu zu bemerken, daß sie bereits in ihrer Note vom 18. 8. Nr. 4884 auf den voranschreitenden Widerstand einzelner Truppenverbände und der sich daraus ergebenden Verwicklungen hingewiesen hat. Bei dieser Sachlage bleibt der deutschen Regierung nichts übrig, als der Entente die Truppen durch Zureden zur Vermunft zu bringen, und von Ausweichungen, namentlich auch gegen Angehörige der alliierten Mächte fernzuhalten. Lediglich zu diesem Zweck ist auch Graf von der Goltz, zunächst allerdings gegen seine ausdrückliche Anweisung, nach Mitau zurückgekehrt. Seine vorgelegten Dienststellen haben sich jedoch der von ihm geltend gemachten Auffassung nicht verschließen können, daß die Anwesenheit der Truppen wohl nicht entbehren wären, wenn er in Mitau geblieben wäre, und daß seine Anwesenheit lediglich zur Verhütung beitragen würde. Sie hat daher ihn nachträglich die Genehmigung zur Rückkehr nach Mitau erteilt, und sich über die günstige Einwirkung der Truppen ausgesprochen hat, nicht zu verstehen. Immerhin der Truppen die Festlegung eines Räumungsplanes, im besonderen auch der Abtransport der Truppen zur See, zurzeit noch unumkehrbar, wobei sich die Vertreter der alliierten Regierungen an Ort und Stelle überzeugen können. Auch ist es solange der Erfolge der Bemühungen des Grafen von der Goltz nicht feststeht, nicht möglich, von hier aus Mittelungen über die gegenwärtige militärische Organisation zu machen, da von Tag zu Tag Änderungen eintreten können. Die Vertreter

der alliierten Mächte, die sich in Mitau befinden und mit Grafen von der Goltz ständig in Verbindung stehen, können sich über die zeitweilige militärische Lage und die deutsche Organisation fortlaufend unterrichten. Ueberhaupt erscheint im Hinblick auf die Unbefähigkeit der gegenwärtig in Frage kommenden Verhältnisse die Behandlung der ganzen Angelegenheit an Ort und Stelle durch die beiderseitigen Militärbeobachter der einzige eine Aussicht auf Lösung der Verwickelungen bietende Weg zu sein. Dem dieser Auffassung entsprechenden Vorschlag in der Note Nr. 1620 G ist daher mit Genehmigung ausgemittelt worden. Die in der Note Nr. 1624 G erwähnten Lebergriffe deutscher Truppen gegen lettische Soldaten und Behörden werden von der deutschen Regierung aufs nachdrücklichste verurteilt, sind aber als eine Angelegenheit der deutschen und lettischen Regierung schwebenden Angelegenheit zu betrachten und bilden bereits den Gegenstand von Erörterungen zwischen den beiden Regierungen.

Der lettische Landtag.

Mitau, 6. Sept. (Wolff.) Die jetzige Session des lettischen Landtages soll am nächsten Dienstag geschlossen werden. Trotz des Protestes der baltischen und jüdischen Minoritäten kommt das Annahmefest in dieser Session nicht mehr zur Beratung. Es erscheint auch fraglich, ob der Entwurf der Schulautonomie der nationalen Minderheiten bis dahin erledigt werden kann. Die Eisenbahn-Mitau-Ludmitten-Ludmitten-Windau und Ludmitten-Bullen am Angraferlande wurden bis auf den Bahnhof Mitau in lettische Verwaltung genommen.

Erfolg der Ukrainer gegen die Bolschewiki.

h. Berlin, 8. Sept. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gibt eine Meldung des ukrainischen Pressedienstes wieder, wonach die ukrainischen Truppen die Bolschewiki vollständig von den baltischen Truppen getrieben haben und auf der Verfolgung der Bolschewiki 50 Meilen über Kiew nach Norden längs des Dnieper vorgedrungen sind. Auch im Raum von Kiew sind Bolschewiki und Krowisten durch die ukrainischen Truppen der Bolschewiki angegriffen und zu fluchtartigen Rückzügen gezwungen.

Ein antirepublikanischer Putsch in Prag.

Prag, 6. Sept. In Prag kam es gestern zu einem Volksaufstand, der als Aufstand gegen den Wucher, gegen das Oesterreichertum in den Behörden und in der Armee geplant war. Massendort soll sich in scharfer Weise gegen die Demonstration ausgesprochen haben. Das Organ der sozialdemokratischen Partei teilte nachmittags in einer Sonderausgabe mit, daß unter den anonymen Einberufern der Versammlung die Führer des sozialistischen und verfassungstreuen Organisationsbundes verbergen und daß die Agitation im Grunde reaktionären Ursprungs sei.

Sozialdemokratischer Parteitag Badens.

Karlsruhe, 8. Sept. Die heute am Samstag morgen 10 Uhr der Sozialdemokratischen Partei in Baden im Landeshaus des Geis eröffnet. Er wird in seiner Annahme auf die Bedeutung dieses Parteitagess hin und auf die veränderte Situation, in der sich die Partei heute nach der Revolution befindet, er werde auch der Genossen, die brauchen im künftigen Kampf ihr Leben lassen müssen, besonders Frank und Hoff, deren Gedanken die Verammlung sich von ihren Seiten erhob.

Der Frieden mit Bulgarien.

h. Basel, 8. Sept. Den „Basler Nachrichten“ zufolge hat der Oberste Rat der Alliierten den Vertrag mit Bulgarien endgültig gutgeheißen. Bulgarien muß auf Thrazien verzichten und die Hälfte von den Alliierten festzusetzende neue Grenzungen anerkennen. Dafür erhält es den freien Verkehr im Hofen von Dedeağaczi, die Benutzung der Schiffahrtswegen, sowie die Binnenhoheit auf der Morcha.

tanziens und Frankreichs. Er hoffe, daß unter dem Völkerring Geheimverträge unmöglich sein werden.

Die amerikanischen „nationalen Sozialisten“ gegen die Ratifizierung.

Amsterdam, 6. Sept. (Radio.) Die amerikanische nationale sozialistische Partei hat sich auf ihrem Kongress zu dem Grundgedanken der russischen Sozialrepublik sowie der internationalen sozialistischen Bewegung bekannt und gegen die Ratifikation des Friedensvertrages ausgesprochen.

Die Senatsopposition gegen den Friedensvertrag.

Amsterdam, 6. Sept. (Radio.) Der Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten beschloß, den Friedensvertrag nicht mit dem Vorbehalt, sondern auch noch mit 38 unmitelbaren Abänderungen an den Senat weiter zu geben. Sämtliche Vorbehalte beziehen sich auf den Völkerringvertrag.

Die Arbeiterbewegung in der Union.

Rotterdam, 6. Sept. (Wolff.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus New York, daß die Beziehungen zwischen den Vertretern der Arbeiter, des Kapital und der Landwirtschaft vom 6. bis 10. Oktober in Washington stattfinden. Wilson führt den Vorsitz. 45 Teilnehmer an der Konferenz werden von Wilson nach den von verschiedenen Gruppen vorgelegten Listen selbst ausgewählt. Gompers wird einer der Arbeiter-Beobachter sein. Auch wird der Bund der Eisenbahner an der Konferenz vertreten sein, obwohl er nicht zum amerikanischen Arbeiterbund gehört.

Die Arbeiterkonferenz in Washington.

Amsterdam, 6. Sept. (Wolff.) Der Vorsitzende des internationalen Gewerkschaftsbundes, Appleton, erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Telegraaf“ mit Bezug auf die bevorstehende Arbeiterkonferenz in Washington: Die Nationen müssen zusammenarbeiten, um den Schaden wieder gutzumachen und die Menschen wieder glücklich zu machen. Darum müssen wir von Herzen, daß die Deutschen auf die Konferenz in Washington kommen, um dort mit allen anderen zusammen für die Erreichung des großen Zieles mitzuarbeiten. Vor allem wegen des künftigen Friedens sei diese Zusammenkunft so wünschenswert, denn der wirkliche Friede sei ohne sie nicht möglich und ohne gegenseitiges Vertrauen undenkbar. Nur wenn alle dafür in Betracht kommenden Teile mitgearbeitet hätten, würden die Ergebnisse der Konferenz wirksam sein und die Vergrößerung der Heere und Flotten in der ganzen Welt verhindern; dies sei besonders notwendig, da die Grenzengpässe wahrhaftig für andere Ziele notwendiger seien.

Sozialdemokratischer Parteitag Badens.

Karlsruhe, 8. Sept. Die heute am Samstag morgen 10 Uhr der Sozialdemokratischen Partei in Baden im Landeshaus des Geis eröffnet. Er wird in seiner Annahme auf die Bedeutung dieses Parteitagess hin und auf die veränderte Situation, in der sich die Partei heute nach der Revolution befindet, er werde auch der Genossen, die brauchen im künftigen Kampf ihr Leben lassen müssen, besonders Frank und Hoff, deren Gedanken die Verammlung sich von ihren Seiten erhob.

Der Frieden mit Bulgarien.

h. Basel, 8. Sept. Den „Basler Nachrichten“ zufolge hat der Oberste Rat der Alliierten den Vertrag mit Bulgarien endgültig gutgeheißen. Bulgarien muß auf Thrazien verzichten und die Hälfte von den Alliierten festzusetzende neue Grenzungen anerkennen. Dafür erhält es den freien Verkehr im Hofen von Dedeağaczi, die Benutzung der Schiffahrtswegen, sowie die Binnenhoheit auf der Morcha.

Die Räumung der baltischen Gebiete.

Berlin, 6. Sept. (Wolff.) Die deutsche Regierung hat in der Frage der Räumung der baltischen Gebiete an die Entente folgende Note gerichtet: Die deutsche Regierung bedauert, daß die von ihr befohlene schnelle und vollständige Räumung der baltischen Gebiete durch das gegenwärtige Verhalten der noch in Ostland stehenden deutschen Truppen ins Stocken geraten ist. Während die die Eigenmächtigkeit der Truppen aus ihr nicht beurteilt, sieht sie sich jedoch infolge der ihr von den alliierten und assoziierten Mächten erteilten Anweisungen außerstande, durch Anwendung militärischer Zwangsmittel den Gehorsam der Truppen zu erzwingen. Die deutsche Regierung gestattet sich hierzu zu bemerken, daß sie bereits in ihrer Note vom 18. 8. Nr. 4884 auf den voranschreitenden Widerstand einzelner Truppenverbände und der sich daraus ergebenden Verwicklungen hingewiesen hat. Bei dieser Sachlage bleibt der deutschen Regierung nichts übrig, als der Entente die Truppen durch Zureden zur Vermunft zu bringen, und von Ausweichungen, namentlich auch gegen Angehörige der alliierten Mächte fernzuhalten. Lediglich zu diesem Zweck ist auch Graf von der Goltz, zunächst allerdings gegen seine ausdrückliche Anweisung, nach Mitau zurückgekehrt. Seine vorgelegten Dienststellen haben sich jedoch der von ihm geltend gemachten Auffassung nicht verschließen können, daß die Anwesenheit der Truppen wohl nicht entbehren wären, wenn er in Mitau geblieben wäre, und daß seine Anwesenheit lediglich zur Verhütung beitragen würde. Sie hat daher ihn nachträglich die Genehmigung zur Rückkehr nach Mitau erteilt, und sich über die günstige Einwirkung der Truppen ausgesprochen hat, nicht zu verstehen. Immerhin der Truppen die Festlegung eines Räumungsplanes, im besonderen auch der Abtransport der Truppen zur See, zurzeit noch unumkehrbar, wobei sich die Vertreter der alliierten Regierungen an Ort und Stelle überzeugen können. Auch ist es solange der Erfolge der Bemühungen des Grafen von der Goltz nicht feststeht, nicht möglich, von hier aus Mittelungen über die gegenwärtige militärische Organisation zu machen, da von Tag zu Tag Änderungen eintreten können. Die Vertreter

Die Räumung der baltischen Gebiete.

Berlin, 6. Sept. (Wolff.) Die deutsche Regierung hat in der Frage der Räumung der baltischen Gebiete an die Entente folgende Note gerichtet: Die deutsche Regierung bedauert, daß die von ihr befohlene schnelle und vollständige Räumung der baltischen Gebiete durch das gegenwärtige Verhalten der noch in Ostland stehenden deutschen Truppen ins Stocken geraten ist. Während die die Eigenmächtigkeit der Truppen aus ihr nicht beurteilt, sieht sie sich jedoch infolge der ihr von den alliierten und assoziierten Mächten erteilten Anweisungen außerstande, durch Anwendung militärischer Zwangsmittel den Gehorsam der Truppen zu erzwingen. Die deutsche Regierung gestattet sich hierzu zu bemerken, daß sie bereits in ihrer Note vom 18. 8. Nr. 4884 auf den voranschreitenden Widerstand einzelner Truppenverbände und der sich daraus ergebenden Verwicklungen hingewiesen hat. Bei dieser Sachlage bleibt der deutschen Regierung nichts übrig, als der Entente die Truppen durch Zureden zur Vermunft zu bringen, und von Ausweichungen, namentlich auch gegen Angehörige der alliierten Mächte fernzuhalten. Lediglich zu diesem Zweck ist auch Graf von der Goltz, zunächst allerdings gegen seine ausdrückliche Anweisung, nach Mitau zurückgekehrt. Seine vorgelegten Dienststellen haben sich jedoch der von ihm geltend gemachten Auffassung nicht verschließen können, daß die Anwesenheit der Truppen wohl nicht entbehren wären, wenn er in Mitau geblieben wäre, und daß seine Anwesenheit lediglich zur Verhütung beitragen würde. Sie hat daher ihn nachträglich die Genehmigung zur Rückkehr nach Mitau erteilt, und sich über die günstige Einwirkung der Truppen ausgesprochen hat, nicht zu verstehen. Immerhin der Truppen die Festlegung eines Räumungsplanes, im besonderen auch der Abtransport der Truppen zur See, zurzeit noch unumkehrbar, wobei sich die Vertreter der alliierten Regierungen an Ort und Stelle überzeugen können. Auch ist es solange der Erfolge der Bemühungen des Grafen von der Goltz nicht feststeht, nicht möglich, von hier aus Mittelungen über die gegenwärtige militärische Organisation zu machen, da von Tag zu Tag Änderungen eintreten können. Die Vertreter

Die Räumung der baltischen Gebiete.

Berlin, 6. Sept. (Wolff.) Die deutsche Regierung hat in der Frage der Räumung der baltischen Gebiete an die Entente folgende Note gerichtet: Die deutsche Regierung bedauert, daß die von ihr befohlene schnelle und vollständige Räumung der baltischen Gebiete durch das gegenwärtige Verhalten der noch in Ostland stehenden deutschen Truppen ins Stocken geraten ist. Während die die Eigenmächtigkeit der Truppen aus ihr nicht beurteilt, sieht sie sich jedoch infolge der ihr von den alliierten und assoziierten Mächten erteilten Anweisungen außerstande, durch Anwendung militärischer Zwangsmittel den Gehorsam der Truppen zu erzwingen. Die deutsche Regierung gestattet sich hierzu zu bemerken, daß sie bereits in ihrer Note vom 18. 8. Nr. 4884 auf den voranschreitenden Widerstand einzelner Truppenverbände und der sich daraus ergebenden Verwicklungen hingewiesen hat. Bei dieser Sachlage bleibt der deutschen Regierung nichts übrig, als der Entente die Truppen durch Zureden zur Vermunft zu bringen, und von Ausweichungen, namentlich auch gegen Angehörige der alliierten Mächte fernzuhalten. Lediglich zu diesem Zweck ist auch Graf von der Goltz, zunächst allerdings gegen seine ausdrückliche Anweisung, nach Mitau zurückgekehrt. Seine vorgelegten Dienststellen haben sich jedoch der von ihm geltend gemachten Auffassung nicht verschließen können, daß die Anwesenheit der Truppen wohl nicht entbehren wären, wenn er in Mitau geblieben wäre, und daß seine Anwesenheit lediglich zur Verhütung beitragen würde. Sie hat daher ihn nachträglich die Genehmigung zur Rückkehr nach Mitau erteilt, und sich über die günstige Einwirkung der Truppen ausgesprochen hat, nicht zu verstehen. Immerhin der Truppen die Festlegung eines Räumungsplanes, im besonderen auch der Abtransport der Truppen zur See, zurzeit noch unumkehrbar, wobei sich die Vertreter der alliierten Regierungen an Ort und Stelle überzeugen können. Auch ist es solange der Erfolge der Bemühungen des Grafen von der Goltz nicht feststeht, nicht möglich, von hier aus Mittelungen über die gegenwärtige militärische Organisation zu machen, da von Tag zu Tag Änderungen eintreten können. Die Vertreter

Karlsruher Hante- und Zellverwertungs-Genossenschaft

eingetragene Genossenschaft mit beschranfter Haftpflicht.
Sonderladung laden wir die verehrlichen Mitglieder zu der
Montag, den 15. September 1919, nachmittags 3 Uhr
im **Gartencafe des Restaurant „Moniac“**, Ecke Karl- und Kaiserstraße, stattfindenden
ordentlichen Generalversammlung

- Tagesordnung:**
1. Begrüssung.
 2. Ernennung des Geschftsberichts für 1918.
 3. Erlahrung des Aufsichtsrates über die vorgenommene Prüfung der Jahresrechnung.
 4. Genehmigung der Bilanz und Entlassung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
 5. Beschlussfassung über die Bestellung der Kontrollierenden und Verguttung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
 6. Bekanntgabe und Erlahrung zum Revisionsbericht des Verbandsrevisors.
 7. Neuwahl für die in § 14 der Statuten ausgedehnten Aufsichtsratsmitglieder.
 8. Verschiedenes. (Antrage, Anfragen und Wunsche).
- Entwürfe über welche in der Generalversammlung Beschluss gefaßt werden soll, wolle man
zustehens in Sept. d. J. bei dem unterzeichneten Aufsichtsrat einreichen.
Die Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung und der Geschftsbericht liegen vom 10. Sept. 1919
ab im Genossenschaftsburo zur Einsicht der Genossen auf.
Karlsruhe, den 8. September 1919.

Der Aufsichtsrat der Karlsruher Hante- und Zellverwertungs-Genossenschaft

J. Danwalter, Vorsitzender.
In das Handelsregister B Band II D. 3, 77 ff
zur Firma Badische Treuhand-Gesellschaft mit
beschranfter Haftung in Karlsruhe eingetragen.
Dem Kaufmann Julius Gepp, Karlsruhe, ist
Karlsruhe, den 8. September 1919.
Badisches Amtsgericht B 2.

Grundstücks-Zwangsvollstreckung.

Grundstück: Gemarung Karlsruhe, Zab.-
Nr. 333/3 a 13 am mit vierstodigem Wohnhaus (Ed-
haus) Douglasstrae 8.
Schützung: 100.000 M.
Versteigerungstermin **Wittwoch, 24. Sep-
tember 1919**, vormittags 9 Uhr, im Notariats-
gebäude, Mademistrabe 8. Umhangende Anstreich-
gebureiten beim Notariat.
Karlsruhe, den 7. Juli 1919.
Bad. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

G.d.A. nur für Mitglieder.

Die Mitglieder der unterzeichneten Verbande werden
zu dem am **Dienstag, den 9. September 1919** im
Colosseum Saal 3 stattfindenden **Vortrag** des Herrn
Otto Dehdal aus Hamburg über das Thema:
Der neue Weg des Gewerkschaftsbundes der Angestellten
eingeladen. Mitgliedsausweis ist mitzubringen.

Kaufm. Verein von 1858, Verein Deutscher Handlungsschiffen, Gruben- und Fabrikbeamten-Verein, Verein Deutscher Kaufleute, Deutscher Privatbeamten-Verein.

Donnerstag abend 8 Uhr Sitzung
(Zentralrat der Angestellten-Ausschüsse)
Saal III Schrempf, Waldstraße 16/18.
Die Angestellten-Ausschüsse werden ersucht,
zwei Vertreter zu entsenden. Erscheinen der Ver-
trauensmanner der Angestellten ist ebenfalls er-
forderlich.
Arbeitsgemeinschaft der kaufm. Verbande.
Arbeitsgemeinschaft der kaufm. Vereine
für weibliche Angestellte.
Ortsrat der freien Angestellten-Verbande.

Zu vermieten
Meine
3 Zimmer-Wohnung in Freiburg
(4. Stad. Gas. Bad. Bader-
Kloster, Keller, Speise-
küche) ist zu vermieten. Stub-
chen ebenfalls oder 4 Zim-
merwohnung in Karls-
ruhe auf 1. Okt. oder
früher zu vermieten. Stub-
chen in Freiburg oder
durch H. Schneider,
Kaiserstraße 14, Freiburg.

Mobl. Zimmer mit Pension
v. Kundau-Schiller a.
auf dem 1. Dkt. Dkt. od.
früher, gel. Ang. unt.
Nr. 4000 ins Tagblatt erbet.
Junge Dame sucht um
15. Dkt. bei gut bur-
gerlicher Familie oder ein-
zelner Dame ein
schönes möbliertes
Zimmer
evtl. mit Klavierbenut-
zung. Angeb. mit Preis
unter Nr. 4002 ins Tag-
blatt erbeten.

Kapitalien
1. Hypothek
zu 4% auf sofort oder
1. Jan. zu verleihen.
Angebote unt. Nr. 3919
ins Tagblatt erbeten.
2500 Mark gegen
Sicherheit und dunfugige
Nachzahlung von Selbst-
gebet gesucht. Anfragen
unter Nr. 3999 ins Tag-
blatt erbeten.

1. Hypothek 50000 Mt.
zur Ablösung der 1. und
2. Hypothek sofort ge-
sucht für outrentieren-
des Fabrikunternehmen.
Angebote unt. Nr. 4007
ins Tagblatt erbeten.

Offene Stellen
Eine Kofke, brand-
kundig
Vertuferin
in mein Kleinrenten-
geschäft. Pension muss
achseln werden. Anach.
mit Neuan. Photoar.
Gebaltsantr. erbet. an
H. Max Bened. Weil,
Emmeadinauen.

Mobl. Zimmer
auf 1. Dkt. mit od. ohne
Pension gesucht. Nahe
Galer-Allee bevorzugt.
Angebote unt. Nr. 3957
ins Tagblatt erbeten.

4 Zimmer-Wohnung
mit Zubehör in gutem Hause, bezug, wer würde
solche in seinem Hause einrumen, um sich vor
Zwangseinweisung zu schützen? Prima Referenz.
Angebote unt. Nr. 3998 ins Tagblatt erbeten.

1 Aderhutte
mit Brunnen zu ver-
kaufen, auch kann Ader-
haus verpachtet werden.
Ruhstrabe 10, 4. Stad.
Neues eisernes Bett
zu verk. Bonner, Karls-
strabe 94, 4. Stad.
Möbel megalahelber
zu verkaufen evtl. mit
Wohnung u. Ader-
nehmen: Baumfeller-
strabe 32, 3. Stad. Eb-
Bonner.

Wusch-Divan
Sofa, 1 u. 2 Stücke.
Stühle, Tisch u. Nach-
tisch, Kommode, hoch-
wert. mit Hochdruck-
und Federb. Tisch, bei-
de neue Nachmaschine
von 100 M. an Bett m.
Möbel und 400 M.
Schutzhaft. Kundenfor-
billa zu verk. Verkf.
Kauf. Steinstr. 7 i. Hof-
Ecke.

Leinwand
1 Bett samt Bettlatt,
175 Kriegsdecke v. 1914/17,
8 nied. Herrenhemden,
Seite 42 u. 3 Paar Wan-
schburten zu verkaufen:
Kuppelstrabe 94 IV L.
Wolfer.

Grudeofen
zu kaufen gesucht. An-
gebote mit Preisangabe
unter Nr. 3981 i. Tag-
blatt erbeten.

Bugelofen
zu kaufen gesucht.
Anbieter, Amalienstr. 61.

Leinwand
und einige Zinnsachen
zu kaufen gesucht. An-
gebote mit Preisangabe
unter Nr. 3982 i. Tag-
blatt erbeten.

Wringmaschine
gut erhalten, zu kaufen
gesucht. Angebote unter
Nr. 4009 i. Tagblatt erbeten.

Gebr. Möbel
all. Art. ganz eintrug-
lich. eine Mobell-
stube, Federbetten, Zer-
stuckte Kuffer usw. sonst
fortw. Gloser. An-
u. Verk. Unterstr. 18 a

Möbel
gebrauchte, einzelne, zu
verkaufen. Angebote mit
Preisangabe unter Nr. 4008
ins Tagblatt erbeten.

Fr. Schuster
Rubing-Weilstr. 18.
Telefon 4191.
Eumpen, Neutuch-
fulle, Altpapier, Al-
eisen, Metalle
kauft jedes Quantum
Karlsruher Rohpro-
dutenhaus
86 Schulzenstrabe 86

Belle Preie
für Eumpen, Metall-
flaschen u. Belle salben
Haberberg & Hagen,
Kuppelstrabe 17,
Laaber, Kuppelstr. 20.
Telefon 5689.
Sandler bekommen Vor-
auszahlung.

Frak-, Gehrock- und Smoking-Anzüge
verleibt
S. e. d. Gartenstrabe 7.

Verkauf
Haus-Verkauf
Schönes Wohnhaus
mit Duerchen, Werkstat-
ten und Durchfahr. in
der Stadtteil gelegen.
teilungslos, mit gun-
stlichen Bedingungen zu
verkaufen. Angebote u.
Nr. 3918 ins Tagblatt
erbeten.

5 Zimmer-Etagenhaus
Südweststadt, elektr.
Nicht. Zentralheizung,
Garten etc. für 84.000 M.
zu verkaufen. Angebote
unter Nr. 4004 ins Tag-
blatt erbeten.

Wagner gef.:
Kuppelstrabe 32,
Seib & Sohn.

gestohlen.
Alle Personen (auch Dienstmanden) die
unrechtmaig Mitteilungen über deren
Verbleib - Suacha - oder zur Ergrei-
fung des Diebes führen können, erhalten
20 Mark Belohnung.
Event. Mitteilungen bitte entweder an
die Staatsanwaltschaft oder an Friedrich
Veget, Karlsruhe, Bonnerstr. 78, zu richten.

BURO-MÖBEL

speziell einige billige
Eichen-Schreibtische
Lieferbar.
J. C. Mosetter Nachf.
Inh. Wilh. Profer
Karlsruhe
Kaiserstraße 227. Telefon 3172.

Verschiedenes

Mittags- und Abendtisch
An Privat-
Angebote unter Nr. 4005
ins Tagblatt erbeten.

3 Wander- vögel

Bringen Sie jetzt
Ihre
**Filz- und
Belourhute**
Kaufmann,
Kaiserstraße 235 III.

Medizinalrat Dr. Rosenberg

Facharzt für Haut- u. Harnkrankheiten
Von der Reise zurück.

Dr. R. Unter Ecker

Facharzt für Chirurgie und Röntgenologie
Kaiserstraße 247.

Dr. med. W. Weil

Kriegstrae 86.

Dr. Schiller

Von der Reise zurück!

Reparatur-Werkstat

Email- u. Blechgefae
werden repariert (ins-
besondere) ebenso werden
verrostete Eisen billig
eingelebt. Jakob Weiler
Blecherer u. Jahnstr. 21,
Douglasstrae 21.

„Nissin“

Mk. 1.50 -
gegen **Kopflause**
Nichts anderes nehmen!
Zu haben in allen Apotheken
und Drogerien.

Vierordtbad

Kohlensurebader und elegante
Wannenbader
I., II. u. III. Klasse
Für Damen und Herren
geführt Werkstat
v. 9-1 Uhr, nachm.
2 1/2-7 1/2 Uhr. Sams-
tags abends bis 8 Uhr.
An Sonn- und
Feiertagen ge-
schlossen.

RESIDENZ-Lichtspiele.

Nur noch heute und morgen.

Waldstraße 30

Verlangerung ausgeschlossen.
Das Abenteuer der Branetti
Schauspiel in 4 Akten.
Nach einer Novelle v. Hauff.
In den Hauptrollen
Hansi Burg u. Karl Beckersachs.

Schillerstr. 22

Der berühmte und
beliebte Detektiv
Stuart Wehbs
in seinem neuesten
Abenteuer
Das
Mitternachtschiff
in 4 Akten.

Kaiserstr. 5

Henny Porten
in ihrem 4 aktigen
Schauspiel
Irrungen.

Ich diene um Dich

Schauspiel in 4 Akten
mit
Eva Speyer.

Mademoiselle Fledermusch

Lustspiel in 3 Akten.
In der Hauptrolle:
Hedda Vernon.